

## Niederschrift

### zur 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 03.03.2011	18:00 - 20:15 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Maria Meinel , Lothar Nachtigall , Käthe Radom ,  
Gerold Sachse , Jurik Stiller ,

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

##### SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze ,  
Anja von Collrepp , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter bis 20.05 Uhr , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Andrea Arnold , Eckhard Fehse , Margit Günter , Anne-Gret Trilling , Dr. Ingo Wetter ,

##### Gäste

Dr. Thomas Buhl , Ingeburg Kollin , Susanne Müller , Gisela Scheibe , Uwe Stemmler , Christoph  
Ulbricht ,

##### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnack , Sven Oberländer , Stephan Wende ,

##### FDP-Fraktion

Lutz König ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die 20. Sitzung der Stadtversammlung Fürstenwalde/Spree und begrüßt die Anwesenden.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 27 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnungspunkte der Beratungsdrucksachen werden wie folgt nummeriert: 8.1., 8.2., 8.3., 8.4. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte folgen in der Nummerierung entsprechend.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 19. Sitzung vom 27.01.2011**

**Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende weist auf die im Rahmen der 21. Brandenburgischen Frauenwoche stattfindenden Veranstaltungen und insbesondere auf den Arbeitsworkshop am 09.03.2011 in der Kulturfabrik „Frauen MACHT Kommune“ hin. Alle Fraktionen sind dazu recht herzlich eingeladen.

### **TOP 5.1 Benennung eines Nachfolgekandidaten der Fraktion DIE LINKE. hier: Herr Jürgen Grasnick**

Der Vorsitzende informiert über die ihm vom Wahlleiter mitgeteilten Änderungen in der Fraktion DIE LINKE. Frau Sabine Lenz hat ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Nachfolgekandidat ist Jürgen Grasnick. Dieser hat schriftlich die Mandatsübernahme erklärt. Zur heutigen Sitzung kann Herr Grasnick aufgrund eines lange geplanten Urlaubs nicht anwesend sein.

### **TOP 5.2 Benennung eines sachkundigen Einwohners hier: Herr Jörg Knauth**

Jörg Knauth stellt sich der Stadtverordnetenversammlung vor. Das Votum des Fachausschusses, Herrn Knauth als sachkundigen Einwohner zu benennen, war einstimmig.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister berichtet:

- dass die Hundebestandsaufnahme zu dem Ergebnis führte, dass teilweise nach Aufforderung im Zeitraum von November bis Ende Januar 294 Hunde gemeldet wurden. Insgesamt leben damit in der Stadt 2.200 Hunde.
- dass die Kita „Buratino“ am 15.02.2011 ihren 30. Geburtstag feiert und dort derzeit 199

- Kinder von 18 Erzieherinnen betreut werden,
- dass zur 19. Sportlerehrung am 19.02.2011 1.148 Sportfans ihre Stimme abgegeben haben und die Sieger in allen drei Kategorien aus der SG Gaselan kommen. In der Kategorie Ehrenamt wurde Wolfgang Zeine, bei den Mannschaften die Schülermannschaft Badminton und bei den Einzelkandidaten Claudine Vita geehrt.
- über den Besuch einer Delegation von rund 20 hochrangigen Botschaftsmitarbeitern aus verschiedenen asiatischen und afrikanischen Staaten zu einem Erfahrungsaustausch und Besuch verschiedener ansässiger Unternehmen. Weitere Gesprächstermine wurden bereits vereinbart.
- über die Schornsteinsprengung im Pintsch-Gebiet, um für die Firma Reuther eine Erweiterung des Betriebsgeländes zu ermöglichen.
- dass die Weichselkirsche am Gransnickbrunnen unter großer Anteilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner am 22.02.2011 gefällt wurde
- über den von der BSG-Pneumant organisierten 4. Fürstenwalder Drachenboot-Indoor-Cup im Schwapp
- dass das Mehrgenerationenhaus mit Frau Katja Dost eine neue Chefin hat und damit weiterhin Kontinuität und die Einbindung in das Lokale Bündnis für Familie gesichert werden.
- über den Umzug des Standesamtes in das Rathauscenter und dort am 11.03.2011 erste Trauung im neu eingerichteten Trauzimmer.

Der Bürgermeister nutzt die Gelegenheit, um zu zwei Themen ausführlich Stellung zu nehmen, da diese in den letzten Tagen und Wochen diskutiert und die Fürstenwalder sehr stark beschäftigt haben.

- **Gelbe Kreuze im Stadtgebiet**  
 Der Protest gegen die CCS-Verpressung grundsätzlich ist legitim und das gute Recht derjenigen. Nicht akzeptabel ist jedoch eine ungenehmigte Nacht- und Nebelaktion, bei der über 100 Kreuze im Stadtgebiet verbotenerweise an Verkehrsschildern und historischen Lampen angebracht wurden. Da die Verursacher nicht bekannt waren, hat der städtische Betriebshof die Kreuze abgenommen und eingelagert. Die entstandenen Kosten werden demjenigen in Rechnung gestellt, der sie rechtswidrig angebracht hat.  
 Der Bürgermeister erklärt, dass auch politischer Wille organisiert werden sollte und unter Beachtung des geltenden Rechts stattfinden muss. Die Entfernung der gelben Kreuze ging nicht gegen die Absicht, die damit verbunden war. Es ging allein um die Art und Weise. Der richtige Weg wäre die Beantragung in der Verwaltung gewesen bzw. ein Antrag, eine Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung darüber, ob die Stadt das Anliegen inhaltlich mit trägt und sich die Stadt an einem Protest gegen CC2-Verpressung beteiligt.
- **Kündigung des Chefs der Feuerwehr**  
 Was dazu in den Medien zu lesen und zu hören war, war unsachlich, unwahr und hat den Eindruck vermitteln, dass Bürgermeister und Erster Beigeordneter nach Möglichkeiten suchen, Unruhe zu stiften und ohne sachliche Gründe Peanuts nutzen, um „den Laden aufzumischen“.  
 Der Bürgermeister stellt dar, dass er aufgrund von Hinweisen auf Ungereimtheiten im Ablauf bestimmter Vorgänge aus den Reihen der Beteiligten, der Mitarbeiter der Feuerwehr selbst, als Dienstherr die Pflicht hatte, diesen Hinweisen nachzugehen. Der Chef der Feuerwehr wurde deshalb beurlaubt und einer Mitarbeiterin wurde für eine Woche Hausverbot für die Feuerwehr erteilt. Gleichzeitig wurde das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, den Hinweisen nachzugehen und entsprechende Feststellungen zu treffen. Mit dem Hintergrund, entweder eine Entlastung für die Betroffenen zu bekommen oder auch eine Bestätigung. Nach gut einer Woche, am 19.01.2011, ist der Prüfbericht erstellt und am 21.01.2011 dem Betroffenen im Beisein seines Rechtsbeistandes übergeben worden. Ihm wurden die Vorwürfe, Hinweise und Verfehlungen ausführlich erläutert, und ihm wurde eine Woche Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme konnte die Vorwürfe nicht entkräften und über den Verbleib von 500,00 quittiert erhaltenen Euros Aufschluss geben. Ganz im Gegenteil, die Verantwortung wurde auf eine unterstellte Mitarbeiterin geschoben.  
 Die Angelegenheit und der ungeklärte Verbleib des Geldes sind insofern ernst zu nehmen,

weil es sich um keine einmalige, erstmalige Verfehlung handelt. Wie bereits in öffentlicher Verhandlung und den Medien zur Sprache kam, erhielt die Person in 1 ½ Jahren zwei Abmahnungen wegen Fehlverhaltens und eine Ermahnung. Da diesen nicht widersprochen wurde, kann man davon ausgehen, dass sie wohl zu Recht erfolgten. Aus diesen Gründen wurde der Weg wie bekannt beschritten, auch mit dem Hinweis, dass der Betroffene das Recht hat und es sein gutes Recht ist, den Sachverhalt in einem gerichtlichen Verfahren zu klären.

Der Bürgermeister betont, dass er sich für den Betroffenen auch gewünscht hätte, dass die Angelegenheit nicht in dieser Art und Weise öffentlich diskutiert wird, weil es ihn beschädigt und ihm erschwert, beruflich wieder einzusteigen. Die Kommentare von völlig Aussenstehenden sind der Situation weiterhin nicht zuträglich und die Entscheidung des Gerichtes bleibt abzuwarten.

Abschließend stellt der Bürgermeister dar, dass dem Betroffenen ausreichend Gelegenheit gegeben worden war, auf die Vorwürfe einzugehen. Der Sachverhalt und die Verfahrensweise wurden auch mit den Fraktionsvorsitzenden, im Hauptausschuss und im nicht öffentlichen Teil der STVV ausführlich erläutert und diskutiert und insofern handelt es sich auch um keine „Einzelentscheidung des Bürgermeister“.

Der Bürgermeister schließt seine Informationen mit einem kurzen Ausblick auf folgende Termine:

- 21. Brandenburgische Frauenwoche und zahlreiche Veranstaltungen in diesem Rahmen sowie die anlässlich des 8. März in der Stadt verteilten, fair gehandelten, 500 Rosen
- „Perspektivwechsel“ am 07.03.2011 - Prof. Dr. Haack, Dekan des Fachbereichs Wirtschaft, Verwaltung und Recht an der Technischen Hochschule Wildau, übernimmt im Rahmen des vereinbarten Kooperationsvertrages für einen Tag den Chefsessel in der Verwaltung. Am 04.04.2011 hält Bürgermeister Hengst dort eine Vorlesung.
- 2. Shoppingnacht in Fürstenwalde am 26.03.2011 „Fürstenwalde brennt – für Sie“

Die Stadtverordneten nehmen die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

## **TOP 7     Einwohnerfragestunde**

Herr Scheffler bittet im Auftrag des Seniorenvereins und als Sprecher der Bürgerinitiative, das Thema Altanschießer -vor allem unter Beachtung und Berücksichtigung der besonderen Situation der Senioren- zu überdenken. Er verweist auch auf die Willenserklärung von Fürstenwalder Bürgern, die die Landesregierung auffordern, sich diesem Thema nochmals zu widmen und neue Positionen zu finden. Sehr ausführlich stellt er dar, dass es bei der Problematik vor allem um die Eigentümer geht, die bereits vor dem 3. Oktober 1990 an ein funktionierendes Klärwerkssystem angeschlossen waren. Das sind heute die Rentner, die mit ihren Immobilien älter geworden sind und nun erneut zur Kasse gebeten werden sollen.

Herr Scheffler hat sich sehr ausführlich mit diesem Thema beschäftigt, sich bereits an das Innenministerium gewandt und von dort keine befriedigende Antwort erhalten. Die Betroffenen setzen nun im Nachgang einer Veranstaltung, die durch Unterstützung des Landtagsabgeordneten Peer Jürgens im Lacufasaal stattfand, ihre Hoffnungen in die Stadtverordneten und bitten die Presse um entsprechende Unterstützung. Er bezieht sich auf eine Argumentation von Frau Alter, dass die Probleme nur in den Kommunen vor Ort gelöst werden könnten. Außerdem argumentierte sie, dass im Wesentlichen Mieter und Familien mit Kindern sozial begünstigt werden, wenn die Mittel zu 100 % in die Gebührensenkung einfließen.

Der Vorsitzende dankt für die ausführliche Darstellung der Problematik und sagt zu, dass sie aufgegriffen und zeitnah eine Information an die Betroffenen folgt.

Der Bürgermeister berichtet, dass dieses Thema in einer außerordentlichen Vorstandssitzung des Zweckverbandes am 11.03.2011 mit Anwälten und Wirtschaftsprüfern ausführlich diskutiert wird. Danach kann es ein erneutes Gespräch mit den Betroffenen geben, um zu schauen, ob es Lösungen

gibt, ob unterschiedliche Gebühren (Nauener Modell) tatsächlich wünschenswert sind oder eine andere Lösung vorgeschlagen werden kann.

Die Abg. Alter berichtet, dass Peer Jürgens, Fraktion Die LINKE. im Landtag, viele Bürger verunsichert hat, in dem er u.a. verkündete, dass die Eigentümer für Dinge, die sie selbst auf ihren Grundstücken geschachtet haben, nochmals bezahlen müssen. Sie hat daraufhin als Landtagsabgeordnete sehr viele Briefe erhalten und wird diese –sofern der Absender angegeben ist – auch beantworten. Ihr Antwortschreiben wird allen Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben.

In diesem Zusammenhang macht sie darauf aufmerksam, dass die Lasten gerecht und sozial verträglich verteilt werden müssen und das heißt auch, dass die Nachwendeeinvestitionen Allen zugute kommen und nicht allein von den „Neuanschließern“ bezahlt werden. Richtig ist, dass die Probleme nur teilweise und nur in den Kommunen vor Ort gelöst werden können. Fakt ist aber auch, dass die Neuanschließer mit Recht dann Protest erheben werden, wenn die Altanschließer keine Beiträge entrichten müssten.

Der Abg. Zänker wendet sich an die Gäste und erklärt, dass er beruflich seit vielen Jahren mit diesem Thema befasst ist und derzeit vor dem Oberverwaltungsgericht gegen den Zweckverband Fürstenwalde zwei Klagen vertritt, in denen es um die Abwehr von Ansprüchen geht, die gegen sog. Altanschließer gerichtet worden sind. Er spricht von schweren Gerechtigkeitsproblemen und sichert die Unterstützung der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen zu.

Die Abg. Wagner unterstützt die Auffassung, dass die Neuanschließer protestieren, wenn die Altanschließer die Nachforderungen des Zweckverbandes nicht bezahlen müssen. Mit Recht würden die dann ihre Anschließerbeiträge vom Zweckverband zurückfordern, was letztlich nur über einen Kredit machbar wäre und zu einer Explosion des Preisgefüges führen würde.

Der Abg. Schulze wendet sich an Herrn Hengst in seiner Funktion als Vorstandsvorsteher des Zweckverbandes. Er bittet ihn und die Geschäftsführerin des Zweckverbandes, Frau Scheibe, den heute eingeschlagenen Weg zu begleiten, Informationsdefizite zu beseitigen und dem Aufklärungsbedarf und den berechtigten Interessen aller Beteiligten Rechnung zu tragen und „einen runden Tisch“ zu moderieren, alle Möglichkeiten unter Zuhilfenahme eines neutralen Rechtsbeistands und Einbeziehung aller Betroffenen (Alt- und Neuanschließer, Zweckverband, Mieterverein, Stadtverordnete, Bürgerinitiative) abzuwägen und eine Lösung zu finden, die den kommunalen Frieden wieder herstellen kann.

Herr Hengst sagt dies zu und informiert, dass bereits die außerordentliche Verbandsversammlung ein erster Schritt in diese Richtung ist. Alle Modelle, die Grundlagen der Beitragsermittlungen und deren Auswirkungen werden durchgerechnet, rechtlich bewertet und dann natürlich mit allen Betroffenen diskutiert werden. Ziel ist es, unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes dieser hohen Verantwortung gerecht zu werden und für die Zukunft auch sicherzustellen, dass die Beiträge nicht alle 3 bis 4 Jahre neu berechnet werden. Ein Gleiches gilt auch für die Ausbau- und Erschließungsbeiträge.

Die Abg. Alter fragt, ohne Herrn Zänker in seinen Möglichkeiten einschränken zu wollen, ob er in dieser Angelegenheit als vertretener Anwalt befangen ist?

In der kurzen Diskussion wird deutlich, dass es dazu unterschiedliche Auffassungen gibt. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Angelegenheit auch im Hinblick weiterer Diskussionen oder Beschlüsse abzu prüfen.

## TOP 8      **Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### TOP 8.1    **Verabschiedung des Haushaltsplanes 2011 einschließlich Finanzplan    5/298/1 für die Jahre 2011 - 2014**

#### Fraktion Die LINKE., Abg. Sachse

Insgesamt sieht die Fraktion in den Zahlen, dass sich die Stadt als Mittelzentrum und regionaler Wachstumskern weiter entwickelt, an Attraktivität gewinnt und in erheblichem Maße in wirtschaftliche und soziale Infrastrukturen investiert, um dem Trend der Überalterung und Abwanderung gegenzusteuern. Fürstenwalde ist auf einem guten Wege, sich weiterhin als ein attraktiver Wohn- und Gewerbestandort zu behaupten und in der Lage, durch die hohen Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Das städtische Wohnungsunternehmen, die Wohnungswirtschaft, arbeitet mit hohen Investitionen an der Sanierung ihres Bestandes und kann sich so immer besser als nachgefragter Anbieter auf dem Wohnungsmarkt profilieren. Es ist ihr gelungen, aus der Phase ständiger Verluste herauszukommen.

Weiterhin ist es der Fraktion wichtig, die Ausgaben für Kultur- und Sportförderung, für Jugendarbeit und Wohlfahrtspflege auf dem Niveau der vergangenen Jahre zu halten, wenngleich aus verschiedenen Gründen einige Dinge auf den Prüfstand gehören. Der Abg. Sachse hebt einige Schwerpunkte baulicher Veränderungen in diesem Jahr hervor, die sich auf Erscheinungsbild und Aufenthaltsqualität auswirken und betont, dass es richtig ist, Gegenwerte zu schaffen, die Entwicklung nicht zu verlangsamen und Investitionen nicht zu reduzieren.

Für die kommenden Jahre sieht er unter diesem Aspekt insbesondere in den Bereichen Markplatzgestaltung, Klimaschutz, Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und Wassertourismus noch einige Potentiale.

Die Fraktion DIE LINKE. stimmt dem Haushalt 2011 zu.

Haushaltsrede in Gänze Fraktion DIE LINKE. sh. Anlagen zur Niederschrift (pdf-Datei ratsinfo).

#### SPD-Fraktion, Abg. Wagner

Die Abg. Wagner betont, dass Fürstenwalde zu den wenigen Städten in Brandenburg gehört, die einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Wirtschaftsförderung vor Ort, Ausgabedisziplin, Synergien durch Kooperationen, Investitionen in nachhaltige Projekte – in unserer Stadt offensichtlich die richtige Mischung.

Eine große Gefahr für die wichtigste Einnahmequelle vieler Städte und Gemeinden sieht die SPD in der Abschaffung der Gewerbesteuer, wie sie im schwarz-gelben Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht und fordert, diese Pläne zu begraben.

Gestalten statt verwalten heißt die Devise und auch, eingefahrene Wege zu verlassen, über den Tellerrand zu schauen. In diesem Zusammenhang fordern die Stadtverordneten seit geraumer Zeit ein Konzept zur Obdachlosenunterkunft. Die SPD-Fraktion hat verschiedenste Formen von Unterbringung, Betreuung und Integration betrachtet und stellt den **Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis 04.05.2011 ein sozialintegratives Konzept als Alternative, sowohl inhaltlich als auch kostenmäßig, zur klassischen Obdachlosenunterkunft zu erstellen.

Im Zusammenhang mit nicht nachvollziehbaren Unterschieden bei den Platzkosten der städtischen Kitas **beantragt** die SPD:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis 31.08.2011 eine Analyse zu der unterschiedlichen Kostenstruktur in den Kitas und Vorschläge zur Kostensenkung bei den besonders kostenintensiven Kitaplätzen zu unterbreiten.

Ein Ziel für die kommenden Jahre sieht die SPD in der Klärung der Fragen – Was wollen wir errei-

chen? Tun wir das Richtige? Welcher Nutzen entsteht den Zielgruppen? Sind wir effektiv?  
So steht die SPD z.B. hinter der Entscheidung, Engagement und Ehrenamt im Bereich Sport weiter zu unterstützen, genügend Investitionsmittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Aber, gleichzeitig auch zu schauen, dass die in den Kooperationsverträgen benannten Aufgaben im Sinne der Werterhaltung erfüllt werden.

Einen Schwerpunkt der weiteren positiven Entwicklung sieht die SPD-Fraktion in der ehrlichen, bürgernahen Diskussion und Einbeziehungen der Fürstenwalderinnen und Fürstenwaldern.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2011 zu.  
Haushaltsrede in Gänze sh. Anlagen zur Niederschrift (pdf-Datei ratsinfo).

#### Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, Abg. Zänker

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen wird dem Haushalt zustimmen, weil es trotz einer insgesamt schwierigen, wirtschaftlichen Situation gelingen wird, die Leistungen wie gewohnt durchzuführen und Investitionen zu tätigen. Die sozialen Leistungen, die finanzielle Ausstattung der Beiratsarbeit und die Weiterführung des Mobilitätstickets sind gesichert. Die Solarfabrik konnte an das Radwegenetz angeschlossen werden.

Wenngleich die derzeit bestehende Niedrigzinsperiode ahnen lässt, dass ein Großteil künftiger Haushalte darauf verwendet werden muss, die Kredite zu bedienen und wir nicht „aus dem Vollen schöpfen können“, so ist die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen stolz auf das Erreichte und dankt allen, die daran ihren Beitrag haben.

#### FDP-Fraktion, Abg. Hoffrichter, Lothar

Die Fraktion sieht einen, den äußeren Bedingungen angepassten, gut vertretbaren Haushalt auch als Ergebnis verantwortungsvoller und umfangreicher, demokratischer Abwägungsprozesse. Es ist der Fraktion wichtig, zum Thema Schulden und Kredite zu erwähnen, dass sie Investitionen in die Zukunft sichern, in denen ein Gegenwert steckt. „Mit dieser nicht unüblichen Methode können Objekte einer frühzeitigen Nutzung zugeführt werden, aber eben mit gestundeter Bezahlung. Diese finanzierten Objekte werden in das Vermögen der Stadt aufgenommen und als Anlagevermögen aktiviert. Vergleichbar ist diese Situation mit dem Bau eines Eigenheimes. Der Bauherr ist in den seltensten Fällen in der Lage, die Kosten in Gänze mit Eigenmitteln zu finanzieren. Er hat aber mit Hilfe des Kredites Vermögen erworben“.

Auch in 2011 werden die freiwilligen Leistungen nicht reduziert, die Hebesätze bleiben unverändert und die Zuschüsse für Kultur und Soziales bleiben konstant.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2011 zu.

#### CDU-Fraktion, Abg. Petenati

Die CDU-Fraktion wertet den Haushalt als das Ergebnis einer soliden, sparsamen Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Mittel und einer positiven Einnahmesituation, der eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Investitionen zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt gewährleistet.

Die freiwilligen Aufgaben bleiben gesichert, und die Leistungen der Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen, Beiräte und Träger der Wohlfahrtspflege, der Sport- und Kulturvereine werden in ihren vielfältigen Projekten und sozialen Dienstleistungen weiterhin unterstützt.

Auch die CDU-Fraktion sieht den Schulden eine Reihe von Werten gegenüberstehen, die durchaus als sehr positiv betrachtet werden und unsere Stadt zu dem machen, was sie ist – eine lebenswerte, attraktive und aktive Stadt.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2011 zu.

#### **Diskussion zu den Anträgen der SPD-Fraktion:**

Erstellung eines sozialintegrativen Konzeptes als Alternative sowohl inhaltlich als auch kostenmäßig zur klassischen ODU

Abg. Hilke – Die CDU-Fraktion lehnt diesen Antrag unter dem Aspekt ab, dass sich eine Reihe von Einrichtungen um Sorgen und Belange von Obdachlosen kümmern. Stellvertretend wird die Caritas

genannt. Außerdem sind die Belegungszahlen der ODU ein Beweis dafür, dass die vorgehaltenen Betten nur äußerst gering und zumeist nur in Notfällen genutzt werden. Die CDU-Fraktion unterstützt das Anliegen der „Haltestelle“, nämlich die in Obdachlosigkeit geratenen Personen zu befähigen, alsbald wieder in eine eigene Wohnung zu ziehen, sie zu betreuen und auf dem Wege der Integration zu begleiten.

Die Abg. Wagner unterstreicht, dass man da genau einer Meinung ist. Derzeitig werden für 4 bis 6 Personen jährlich 136 T€ nur für die Unterhaltung der ODU ausgegeben. Ohne, dass eine Betreuung und Integration gewährleistet wird. Aber genau dahin geht der Antrag der SPD - zur Sicherung einer Begleitung, persönlichen Betreuung und Integration, die u.U. durch den Landkreis, das Amt für Grundsicherung, zu leisten ist.

**Abstimmung: 20 Ja 7 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen**

#### Erarbeitung einer Analyse zur unterschiedlichen Kostenstruktur der Kitas und Unterbreitung von Vorschlägen zur Kostensenkung bei besonders kostenintensiven Einrichtungen

Der Abg. Sachse bittet, dabei auch die Kitas einzubeziehen, die sich in freier Trägerschaft befinden, um zu ergründen, warum deren Kosten/Platz deutlich unter denen der Stadt liegen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass nur unter Berücksichtigung aller Kitas eine Analyse, ein Vergleich des deutlich unterschiedlichen Kostengefüges möglich ist. Bei den städtischen Kitas liegt die Ursache nicht in den Personalkosten, sondern vor allem in den Abschreibungshöhen der Einrichtungen. Vielen freien Trägern wurden vermutlich die Häuser kostenfrei von der Stadt übergeben, so dass sie dafür keine Abschreibungen ermitteln.

**Abstimmung: 23 Ja 0 Nein 5 Enthaltungen 0 Befangen**

Der Erste Beigeordnete dankt auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die freundlichen Worte und die konstruktive Diskussion in Vorbereitung der Haushaltsplanerarbeitung.

Die berechtigten Hinweise und Kritiken zur Lesbarkeit des Haushalts sollen fortlaufend auch aus den Fachausschusssitzungen aufgegriffen und in die Produktzielstellungen und Kennziffern einbezogen werden, um die damit verbundenen Leistungen der Stadt zu dokumentieren.

Er weist darauf hin, dass die Kredite ausschließlich für investive Maßnahmen aufgenommen und Gegenwerte geschaffen werden.

Zum Thema Klimaschutz erinnert er an verschiedene Maßnahmen, mit denen die Stadt ebenfalls ihren Beitrag leistet (Wärmedämmung, Energieeinsparung, Angebote zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel).

Des Weiteren erklärt Herr Dr. Fehse, dass die konstituierende Sitzung der kommunalen AG „Wasser-tourismusinitiative Süd-Ost“ am 07.02.2011 stattfand und den Beschluss gefasst hat, unter Zuhilfenahme aller Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Land ein einheitliches Leitsystem an den Wasserstraßen zu errichten.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2011 in der vorgelegten Fassung.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 8.2 Wirtschaftsplan 2011 der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunaler Eigenbetrieb 5/304**

Der Abg. Schulze erklärt, dass die SPD-Fraktion diesem Wirtschaftsplan zustimmt und die Aktivitäten ausdrücklich begrüßt, sowohl dem demografischen Wandel als auch den steigenden Energie-



preisen Rechnung zu tragen, durch geeignete Maßnahmen und Marketingkonzepte mehr Besucher zu werben und der Entwicklung entgegen zu wirken. Die SPD-Fraktion wird diese Bemühungen in den nächsten Jahren verfolgen, da die hohen Kosten den städtischen Haushalt belasten und die Bildung von Rücklagen verhindern. Unter diesem Aspekt werden dann auch die u.U. notwendig werdenden, weiteren Investitionen zu diskutieren sein.

Der Abg. Sachse betont, dass das Bad mehr als nur ein Spaßbad ist, die Nutzung als sportliche Einrichtung im Fordergrund steht und die zahlenmäßige Auslastung durch Schulen und Vereine dies eindrucksvoll unterstreicht und belegt. Er meint, dieser positiven Entwicklung müsse ebenfalls Rechnung getragen werden.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2011 der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunalen Eigenbetrieb.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.3 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Darstellung neuer Flächen für Windenergieanlagen) hier: Einleitungsbeschluss 5/301**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.4 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen) hier: Aufhebung des Einleitungsbeschlusses 5/302**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Aufhebung des am 15. November 2007 gefassten Beschlusses zur Einleitung der 12. Flächenutzungsplanänderung.

**Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

**TOP 10    Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

Die Abg. Radom bedankt sich zum einen, dass der Fußweg des Grundstücks Trebuser Straße/Pintschring nach ihrer Kritik im Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen gleich am nächsten Tag gereinigt wurde. Zum anderen bittet sie die Verwaltung zu prüfen, ob zwischen Stadt und DB AG ein Vertrag über Straßenreinigung und Schneeberäumung geschlossen werden kann.

**TOP 11    Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 10 Seiten.

Jürgen Teichmann  
Vorsitzender

Franka Koch  
Schriftführerin

---

---